

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 57 (1963)
Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : Wandlung in Rom ; Amerika verliert ; Die neue Linie ; Die Folgen ; Der Zug zur Gemeinwirtschaft
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140786>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

unserer Zeit und die vollmächtige Kraft und Wahrheit, aus der dieser große Seelenkenner und Erzieher zu uns redet. Man sollte auch dieses Förster-Buch all denen in die Hand drücken, die das Christentum als lebens- und weltfremden Idealismus abtun wollen und sich auf ihren «Realismus» so viel zugute tun. Genau das Gegenteil ist ja wahr: Allein von der unsichtbaren Wirklichkeit her ist überhaupt diese unsere sichtbare, vergängliche Welt zu verstehen und zu bemeistern, und seichter Idealismus und Optimismus ist es, zu glauben, der natürliche Mensch könne mit Aufklärung und gutem Willen dazu gebracht werden, die Aufgaben zu lösen, die das Leben, der Beruf, die Wirtschaft, die Politik ihm stellt. Solche Täuschung war nur möglich, sagt Förster, «weil die neuere Menschheit sich wohlgefällig über sich selbst beschwindelt hat und nicht mehr wahrhaben wollte, daß sie des Teufels ist, sobald sie sich ausschließlich auf sich selbst stellen will...» Das Alte und das Neue Testament enthalten allein die wahre Wissenschaft von den menschlichen Dingen, weil sie die Wissenschaft von den Dämonen und die Wissenschaft von dem sind, der allein den Dämonen gebietet...» In dutzendfacher, immer neuer und überraschender Abwandlung kehrt diese Wahrheit in dem Buch wieder. Und nur mit Schrecken kann man daran denken, was unserem Geschlechte droht, das es — mit dem christlichen Bekenntnis auf den Lippen — zugelassen hat, daß sich «von allen Gebieten her, die man vertrauensselig dem bloßen Naturmenschen ausgeliefert hat — Politik, Geschäft, Industrie, Wissenschaft, Technik —, die Barbarei gegen die christliche Kultur heranwölzt». Möge Försters Mahnruf dazu beitragen, die Gewissen doch noch aufzurütteln und die rettende Wandlung herbeizuführen, die wir brauchen.

H. K.

Berichtigung

Zum Kommentar betitelt «Was sagen die Mütter dazu?» in der Aprilnummer der «Neuen Wege» müssen wir eine Berichtigung anbringen. Wie man uns von berufener Seite aus Genf mitteilt, ist *Mrs. Alva Myrdal* seit längerer Zeit Chef der schwedischen Delegation bei den Abrüstungsverhandlungen und führt im Turnus auch den Vorsitz.

Wir bedauern einerseits, unseren Lesern eine unrichtige Meldung vorgesetzt zu haben, freuen uns aber, daß eine Frau von den Qualitäten *Mrs. Myrdal* an dieser für die Welt so wichtigen Konferenz beteiligt ist.

Red.

WELTRUNDSCHAU

Wandlung in Rom In unserer letzten Weltrundschau haben wir von der Notwendigkeit geredet, die verhältnismäßige Ruhe, die im Kalten Krieg zwischen Ost und West herrsche, zu einer gründlichen Besinnung auf die ganze bedrohliche Lage der Völker und die Mittel zur Abwendung der immer näher rückenden Kriegskatastrophe zu benützen. An den Orten, auf die es dabei in erster Linie ankommt, bei den weltlichen Machthabern, ist — natürlich, wird man sagen — von einer solchen Selbstbesinnung seither

nichts zu spüren gewesen. Hingegen ist ein Ruf zur Umkehr von einer anderen Seite her erfolgt, von der man es in dieser Form nicht erwartet hatte: aus dem päpstlichen Rom. Die *Enzyklika Johannes des Dreiundzwanzigsten* «Pacem in terris» («Friede auf Erden») hat tatsächlich in der ganzen Welt nicht geringes Aufsehen erregt. Und mit Recht. Man vergegenwärtige sich: Der Papst, der das neue vatikanische Konzil einberufen hat und sich um die Wiedervereinigung der christlichen Kirchen wie um eine gewisse Liberalisierung der Romkirche bemüht, wendet sich in seinem neuen Rundbrief nicht allein an die Katholiken, sondern an alle Menschen guten Willens in der ganzen Welt. Er bekundet darin seine Absicht, die Katholische Kirche aus ihrer Absonderung herauszuführen und sie in engere Verbindung mit den Zeitströmungen und mit der modernen Welt zu bringen. Er erstrebt offen eine planmäßige Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Nichtkatholiken auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet. Er verkündet (welch ein Wort aus *diesem* Munde!) das Recht und die Freiheit jedes menschlichen Wesens, nach dem eigenen Gewissen Gott zu dienen, die Wahrheit zu suchen und sie zu verbreiten. Papst Johannes setzt sich mit beschwörender Gebärde für die Beendigung des Wettrüstens ein, für den Abbau der Waffenvorräte und das Verbot der Atomwaffen und für eine wirksame Weltorganisation mit der Vollmacht, ihren Friedenswillen allen Staaten aufzuerlegen. Nur durch gegenseitiges Vertrauen, nicht durch gegenseitige Abschreckung, so erklärt er, sei der Frieden zu sichern. Er macht sich auch zum Fürsprecher der politischen und sozialen Menschenrechte, einer kräftigen Hebung der Lage der lohnarbeitenden Klassen, der Befreiung der Frau, der allgemeinen Volksbildung, der Erweiterung der sozialen Dienste und nicht zuletzt der Aufhebung der kolonialen Ausbeutung unterentwickelter Völker.

Das sind zwar alles an und für sich keine neuen Forderungen; aber daß ein römischer Papst sie jetzt *auch* erhebt — und mit welcher Dringlichkeit! —, das ist doch etwas Neues und darf Anspruch auf ehrliche Anerkennung auch in der nichtkatholischen Welt machen. Man kann gewiß sagen, daß sich Johannes XXIII. hütet, klare Stellung zu den konkreten Weltfragen zu nehmen, daß er beispielsweise nicht den *Ursachen* des Wettrüstens nachgeht und nicht die entscheidenden Kriegskräfte nennt, die in unserer Zeit wirken, daß er namentlich auch kein Auge für die gebieterische Notwendigkeit einer Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu haben scheint, betont er doch — wie schon seine Vorgänger — das Recht der «freien Initiative» im Wirtschaftsleben und das Recht auf Privateigentum «auch von Produktivgütern», lehnt also eine Sozialisierung der Wirtschaftsmittel deutlich ab. Die Katholische Kirche macht eben nach wie vor gemeinsame Sache mit den in der «christlichen» Welt herrschenden sehr unchristlichen Mächten, und Papst Johannes läßt mit der Unterstreichung der Rechte und Freiheiten des Einzelmenschen

gegenüber der Staatsgewalt, wie eine amerikanische Zeitschrift bemerkt, tatsächlich erkennen, daß der Kern seiner Äußerungen «*allem zuwiderläuft, was der Kommunismus vertritt*» («US News & World Report», 29. April), also auch dem *Guten* im Kommunismus.

Tatsache ist ferner, daß die «ketzerischen» Äußerungen des Papstes über das Verhältnis von Katholiken und Nichtkatholiken innerhalb der römischen Kirche als Ganzes heftigen Widerstand finden, daß die konservativen Kirchenfürsten — so die Kardinäle Ottaviani und Spellman wie die spanischen und portugiesischen Prälaten — ihre Gegnerschaft zu den neuen Ideen fast offen zur Schau tragen und daß Radio Vatikan wie «Osservatore Romano» den Kommunismus wieder mit besonderer Schärfe angreifen und verdammen, ganz zu schweigen von dem Unbehagen in allen antikommunistischen Kreisen außerhalb der Romkirche über die «Verwischung der Fronten» im großen «Weltkampf zwischen Freiheit und Tyrannei», deren sich Johannes XXIII. schuldig gemacht habe.

Und dennoch: Die Enzyklika «*Pacem in terris*» ist aus der Geschichte der Katholischen Kirche nicht mehr auszuradiieren. Wie die Mailänder «*Critica sociale*» (20. April) schreibt: «Gewisse Dinge sind gesagt, auf höchster Ebene verkündet worden, und niemand kann sie mehr vergessen oder in Vergessenheit bringen. Sie werden in den nächsten Jahrzehnten die Auseinandersetzung und die Gegensätze in der Katholischen Kirche beleben, die, gleich allen politischen Einrichtungen, inneren Zerwürfnissen und Konflikten ausgesetzt ist unter dem Einbruch des Neuen, welches das Alte überwindet . . . Die Kirche verdammt vor hundert Jahren das allgemeine Wahlrecht und die Befreiung der Frau, die Schulpflicht und die Streiks, die Einigung Italiens und die Arbeiterorganisationen. Das alles ist jetzt anders geworden. Von jenen Verdammungsurteilen bleibt unter den Katholiken nicht einmal die Erinnerung übrig.» Ein wirklicher Erfolg des hundertjährigen Kampfes der Arbeiter und der Sozialisten aller Länder!*

Aber auch die Kommunisten haben Grund zur Genugtuung über den neuen Kurs des Vatikans. Die päpstliche Enzyklika nennt zwar den Kommunismus nicht ausdrücklich mit Namen, aber Johannes XXIII. befürwortet doch, wie die vorhin erwähnte amerikanische Zeitschrift in einem Bericht aus vatikanischen Quellen feststellt, «die Bestrebungen, eine Grundlage für die *Koexistenz mit dem Kommunismus* zu finden». Die Welt habe sich eben in den Augen des Papstes seit Pius XII. und seinem blinden Antikommunismus erheblich gewandelt. Im Kommunismus vollziehe sich eine Entwicklung, der auch der Va-

* *Harnack* («Das Wesen des Christentums») hat schon recht: Die starren Linien der Vergangenheit können von der römischen Kirche überall je nach den Notwendigkeiten der Stunde umgebogen werden. Diese Kirche besitzt in ihrer Organisation eine unvergleichliche Fähigkeit, sich den geschichtlichen Verumständen anzupassen; sie bleibt immer die alte Kirche — oder scheint es zu bleiben — und erneuert sich doch ohne Unterlaß.

tikan Rechnung tragen müsse, obschon sich die Gegensätze auf weltanschaulichem Gebiet nicht abgeschwächt hätten und es sich vorderhand nur um eine praktische und taktische Annäherung zwischen Moskau und Rom handle. Eine solche Annäherung ist ja wirklich schon seit einiger Zeit im Gang; man denke nur an den Besuch von Chruschtschews Tochter und Schwiegersohn beim «Heiligen Vater», an die Freilassung katholischer Kirchenfürsten in der Sowjetunion und in Ungarn, an die wohl zu erwartende Übersiedlung Kardinal Mindszents aus der amerikanischen Botschaft in Budapest nach Rom, an die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Rom und Prag und an den gar nicht so aussichtslosen Plan einer Begegnung Chruschtschews selber mit dem Papst anlässlich eines Staatsbesuches des sowjetischen Ministerpräsidenten beim italienischen Republikpräsidenten. Das alles sind doch recht bezeichnende Vorgänge, auch wenn die förmliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Vatikanstaat noch auf sich warten lassen dürfte. Die jüngsten Parlamentswahlen in Italien mit ihrem Vormarsch der Kommunisten auf Kosten der Christlichdemokraten zeigen deutlich genug, daß die innere Wandlung, die im Vatikan vorgeht, auch sehr greifbare politische Wirkungen haben kann, Wirkungen, die noch deutlicher ausfallen würden, wenn die vatikanisch-sowjetische Entspannung in einer Entspannung auch zwischen der kommunistischen und der kapitalistischen Welt ihre Fortsetzung fände.

Amerika verliert Und eine solche Entwicklung erscheint ja durchaus möglich. Je mehr sich die *Spaltung* im *Westblock* vertieft, desto mehr schwächt sich der Kalte Krieg ab, und das heißt, daß die Sowjetunion und die anderen sozialistisch-kommunistischen Länder immer bessere Aussicht auf eine Verringerung ihrer Rüstungslasten und auf freiere Entfaltung und Befestigung ihres inneren Aufbauwerkes haben. In dem Maß aber, da besonders die Sowjetunion an Kraft und Einfluß gewinnt, verlieren die Vereinigten Staaten an Ansehen, Geltung und Macht in der Welt. In der amerikanischen Öffentlichkeit selbst greift diese Erkenntnis mehr und mehr um sich. Und was vielleicht das Bezeichnendste ist: die Regierung Kennedy scheint geradezu von einer Art Mattigkeit, ja Lähmung ergriffen zu sein. Wie der Washingtoner Mitarbeiter des Londoner «New Statesman», Karl E. Meyer, schreibt (5. April 1963), ist der Präsident «in ein paar kurzen Monaten aus früherer Entschlossenheit in eine so vollkommene Untätigkeit verfallen, daß die Hauptstadt einen schlaferten Eindruck macht als jemals seit der Herrschaft General Eisenhowers». Und in der «Neuyork Times» stellt James Reston fest: «Enttäuschung und Stillstand scheinen jetzt für die Regierung an der Tagesordnung zu sein — Enttäuschung über den Kongreß, über die nordatlantischen Verbündeten, über Havanna, über die Zahlungsbilanz und sogar über die Allianz für den Fortschritt», also über das Reform-

programm für Lateinamerika. Die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten hat sich in der letzten Zeit gleichfalls nicht gebessert, sind doch immer noch über vier Millionen Menschen ganz arbeitslos; unter den jüngeren Jahrgängen und den Negern ist die Arbeitslosigkeit sogar doppelt so groß wie bei den übrigen Arbeitskräften. Die Neger mit nur 11 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen denn auch 25 Prozent der ärmsten Bevölkerungsgruppen; in den Negersiedlungen der Städte sind 35 bis 40 Prozent der jungen Leute ohne Arbeit, in Städten wie Detroit 50 Prozent. Kein Wunder, daß die Negerfrage in den Vereinigten Staaten immer brennender wird, besonders im Süden, wo die Auflehnung der Schwarzen gegen ihre Entrechtung von Monat zu Monat kräftigere Formen annimmt und wo übrigens die weißen Arbeiter zu den Hauptnutznießern der rassenmäßigen Zurücksetzung der Neger gehören.

Das Mißbehagen über die bisherigen Ergebnisse der Ära Kennedy findet indessen seine Nahrung vor allem in den Früchten, die die amerikanische *Außenpolitik* zeitigt. Ein Beispiel möge genügen. In der «Saturday Evening Post» (6. April) stellt Stewart Alsop, der vielgelesene politische Kommentator, fest: «Im vergangenen Oktober, als er Nikita Chruschtschew bei ihrem berühmten Zusammenstoß zum Ausweichen gezwungen hatte, saß Kennedy hoch zu Roß — fast so hoch wie irgendein Präsident der neueren Zeit. Und nun sehe man sich ihn heute an! Verwicklung mit Kanada, unserem ältesten Freund. Durcheinander im Mittelosten. In Vietnam geht es schlecht mit dem Krieg. Die Arbeitslosigkeit steht hoch. Kennedys Steuerprogramm wird im Bundesparlament verscharrt. Höchste Ironie: die Republikaner hauen ihm eins hin wegen Kuba, wo Kennedy vor nicht einmal sechs Monaten den größten Triumph seiner Laufbahn zu feiern schien. Und de Gaulle! Vor allem Charles de Gaulle. Denn Charles de Gaulle hat aus Kennedys ‚Großem Plan‘ das Herzstück herausgebrochen... Wie Walter Lippmann geschrieben hat: de Gaulle hat einen Schlag gegen die Grundlagen der amerikanischen Militär- und Außenpolitik geführt. Tatsächlich hat er nicht nur *einen* Schlag geführt, sondern deren gleich ein paar.»

So tönt es heute aus der amerikanischen Presse. Mit der Weigerung Frankreichs, der von den Vereinigten Staaten mit allen Mitteln geförderten Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zuzustimmen, und der damit eng verknüpften Weigerung de Gaulles, den amerikanischen Plan für eine sogenannte vielseitige atomare Streitmacht anzunehmen (hinter dem die Absicht steht, das Atomwaffenmonopol der Vereinigten Staaten in der «freien Welt» zu verewigen), ist in Wirklichkeit die ganze Außenpolitik Washingtons schwer getroffen, wenn nicht geradezu über den Haufen geworfen worden. Die wirtschaftliche, politische und militärische Vorherrschaft in der Welt, die die Vereinigten Staaten erstrebten (mit Westdeutschland in Europa und Japan in Asien als Hauptstüt-

zen), droht Stück für Stück zusammenzufallen. Frankreich macht sich selbständig, und die deutsche Bundesrepublik hat sich so eng mit dem alten «Erbfeind» im Westen verbunden, daß sie trotz allen Beteuerungen ihrer Schicksalsgemeinschaft mit Amerika mehr und mehr gleichfalls ihre eigenen Wege gehen wird, die sie von den Vereinigten Staaten fort und zum Aufbau eines politisch und wirtschaftlich unabhängigen Westeuropa hinführen werden, eines Westeuropa, das in Wettbewerb mit dem amerikanischen Weltreich treten wird. Die Propagandalüge von der Kriegsdrohung aus dem Osten wird damit ihre Rolle ausgespielt haben; sie wird nicht mehr nötig sein, um die «freie Welt» zusammenzuhalten und die militärische Hochrüstung des Westens zu begründen, zumal die französische Kernwaffenmacht im besten Fall erst in sechs oder acht Jahren einsatzbereit sein und Westdeutschland ohne Frankreich kaum gegen die Sowjetunion loszuschlagen instand sein wird. De Gaulle hat jedenfalls keine Angst vor einem sowjetischen Angriff, fürchtet aber (wie er auch in seiner Radioansprache vom 18. April andeutete), daß Frankreich in einen Krieg zwischen Amerika und dem Ostblock hineingerissen werden könnte, in dem es nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren hätte.

Die neue Linie Man sage nicht, die westdeutsch-französische Europapolitik sei im wesentlichen eine Sache der beiden alten Herren, von denen sie jetzt nach außen hin vertreten wird, und werde mit dem Ausscheiden Adenauers und de Gaulles aus ihrer Führerstellung von selber verschwinden. Das ist nur ein amerikanischer Wunschtraum, der aber mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Gewiß gibt es einflußreiche Kreise in Frankreich wie in Deutschland, die dem neuen Kurs Widerstand leisten und an der atlantisch-amerikanischen Linie festhalten. Mit der alten westmächtlichen Blockpolitik sind eben so viele politische und wirtschaftliche Interessen verquickt, daß die Ablösung Westeuropas von Amerika nicht ohne scharfe Auseinandersetzungen im Westlager selbst erfolgen wird. Ich glaube aber, die Neuyorker «Monthly Review» wird auf die Länge Recht bekommen, wenn sie erwartet, daß erstens die so mächtig erstarkte kapitalistische Oberschicht in Westeuropa immer stärkeren Grund finden werde, ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von Amerika abzuschütteln und Weltpolitik auf eigene Faust zu treiben, und daß zweitens in Frankreich wie in Westdeutschland die neue Linie mehr und mehr Anhang auch in den Völkern gewinnen werde, trotz dem stumpfsinnigen Antikommunismus, mit dem sie bisher abgefüttert wurden.

Ich bin auch überzeugt, daß die amerikanische Weltpolitik außerhalb Westdeutschlands und Frankreichs zusehends an Stützen und Bundesgenossen verlieren wird. Die «Neue Zürcher Zeitung» klagte letzthin (in Nr. 1296) beweglich darüber, daß die *italienischen Wahlen* mit ihrem Linksruck auch eine schwere Enttäuschung für die

politischen Planer in Washington gebracht hätten. «Der starke Stimmenzuwachs der Kommunisten (über eine Million. H. K.) macht Italien zu einem Unsicherheitsfaktor für die Vereinigten Staaten. Präsident Kennedys Konzeption der Atlantischen Partnerschaft und der Europapolitik hat einen harten Schlag erhalten.»* Auch auf *England*, so argwöhnt die «NZZ», sei kein rechter Verlaß mehr. Wenn Wilson und die Labourpartei ans Ruder kämen, so könnten sie «eine Reihe von einzelnen Initiativen ins Werk setzten, die die Desintegrationserscheinungen innerhalb der westlichen Allianz fördern müßten und die Manövrierfreiheit des kommunistischen Blocks erweitern würden». Großbritannien ist zwar, so muß gleich beigelegt werden, auch im Labourlager keineswegs geneigt, seine enge Verbindung mit den Vereinigten Staaten zu lösen; es wird sogar voraussichtlich militärisch und wirtschaftlich noch mehr von Amerika abhängig werden, wenn Frankreich und Westdeutschland die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ausbauen und ihr einen politischen Überbau geben wollen. Aber der Augenblick kann dennoch kommen, da es das britische Großkapital für vorteilhafter finden wird, sich bedingungslos dem Europabund anzuschließen, statt zwischen diesem und den Vereinigten Staaten erdrückt zu werden — trotz allem Rückhalt an der britischen Staatengemeinschaft, dem Commonwealth.

Die Vereinigten Staaten werden zwar mit allen Mitteln versuchen, Westeuropa wirtschaftlich wie politisch und militärisch doch unter ihrer «Schutzherrschaft» zu behalten und die NATO wie die EWG wieder voll lebens- und handlungsfähig zu machen. Aber außer Holland, den nordischen Ländern und Kanada werden sie dabei keine zuverlässigen Bundesgenossen in der «freien Welt» finden. Sie müssen sich dann noch stärker als bisher auf die rückständigsten Kräfte in allen Ländern stützen, um ihre Weltmachtstellung einigermaßen aufrechtzuerhalten, auf Länder wie Franco-Spanien, das nur im Schatten der amerikanischen Freundschaft als faschistischer Staat weitergedeihen und sich Verbrechen leisten kann wie den Justizmord an Julian

* Über die *innenpolitischen* Folgen des Ergebnisses der italienischen Wahlen herrscht noch keine Klarheit. Wie ich im Aprilheft bei der einläßlichen Darlegung der politischen und wirtschaftlichen Lage Italiens bemerkte, hängt Entscheidendes von der Haltung der Linksozialisten ab, die sich nun endgültig schlüssig werden müssen, ob sie eine christlichdemokratisch-sozialdemokratisch-republikanische Minderheitsregierung weiterhin unterstützen, vielleicht sogar selbst in die Regierung eintreten wollen, oder es vorziehen, eine Sammlung der Linken mit Zuzug eines Teils der katholischen Gewerkschafter — also eine Art Volksfront — vorzubereiten, die eine politisch-soziale Erneuerung Italiens an Haupt und Gliedern durchführen müßte. Aber natürlich ist es ebensosehr Sache der Christlichdemokraten selber, darüber zu entscheiden, wohin ihr Kurs eigentlich gehen soll — ob bescheiden und vorsichtig nach halblinks oder durch Einbeziehung der großkapitalistischen «Liberalen» entschieden nach rechts. Die bloße Gemeinsamkeit des kirchlichen Bekenntnisses vermag eben eine große Partei nicht zusammenzuhalten; sie muß zeigen, welche greifbaren *Folgerungen* sozialer, wirtschaftlicher und politischer Art sie aus ihrem Bekenntnis zu ziehen gewillt ist.

Grimau, aber auch auf so zweifelhafte Demokratien wie Griechenland oder die lateinamerikanischen Staaten und auf unzweifelhafte Despotien wie die Türkei, Persien, Formosa, Südvietnam und Südkorea. Ob ihnen da Japan, die kapitalistische Vormacht Asiens, noch viel nützen wird, steht dahin; am Aufstieg der neuen Weltmacht China vermag jedenfalls alle Absperrung und Bekämpfung der jungen Volksrepublik durch Amerika nichts mehr zu ändern. Auch nicht die jetzt so fieberhaft betriebene Militärhilfe der Vereinigten Staaten an Indien; in Washington wird man gar bald spüren, daß Indien auf diesem Weg nur zur drückenden Last und Gefahr wird und doch nicht ins amerikanische Lager herübergezogen werden kann.

Die Folgen So wird sich voraussichtlich eine doppelte Reihe von Folgen weltpolitischer Art aus der Verselbständigung Westeuropas und der Schwächung der amerikanischen Vormachtstellung ergeben. Auf der einen Seite wird sich ein *verschärfter Wettkampf* um die auswärtigen Märkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagemöglichkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen kapitalistischen Ländern entwickeln. Mit Recht weist die «Monthly Review» (Aprilheft) darauf hin, daß die imperialistische Ausdehnung Nordamerikas in Zukunft nicht mehr so ungehemmt weitergehen werde wie bisher. «Während der letzten zwei Jahrzehnte haben die Vereinigten Staaten ihre überragende Stellung in der ‚freien Welt‘ dazu benützt, ein Gebiet um das andere den älteren Kolonialreichen abzustehlen und die gestohlenen Gebiete dem Gürtel ihrer eigenen Untertanenländer anzugliedern. So sind Südkorea, Taiwan (Formosa) und Okinawa vom japanischen Herrschaftsbereich auf den amerikanischen übertragen worden. Südvietnam ist aus dem französischen Imperium herübergenommen worden, Pakistan und Iran aus dem britischen, und so fort. Ähnlich sind die Kapitalanlagen und der Einfluß Großbritanniens und Deutschlands, die einst so maßgebend in Südamerika waren, in einigen Ländern ausgeschaltet und in anderen scharf zurückgeschnitten worden. Mit der Wiederherstellung einer starken und unabhängigen imperialistischen Macht in Europa wird dieser Vorgang einseitiger Machtübertragung jedoch wahrscheinlich zum Stehen gebracht und sogar umgekehrt werden.»

Das ist kaum zuviel gesagt. Man sieht schon jetzt, wie besonders Westdeutschland sich neuerdings in allen Erdgegenden festzusetzen sucht, in Ägypten und Indien nicht weniger als in Argentinien, Iran und Indonesien. Man sieht auch, wie zäh im Kongo Belgien und die Vereinigten Staaten um die Vorherrschaft ringen. Die belgische Gruppe — es gehören dazu auch französische und britische Kapitalinteressen — mußte zwar schließlich in die äußerliche Wiedervereinigung des Katanga mit der Gesamtrepublik einwilligen; aber nun geht der Kampf darum, wer den Kongo als Ganzes beherrschen wird, das amerikanische oder das belgisch-französisch-britische Kapital — oder

vielleicht das kongolesische Volk selber, das allmählich doch lernen wird, sich allein zu regieren. Die Regierung Adoula scheint vorerst in der Hand Belgiens zu sein; es wäre jedoch zu verwundern, wenn sie nicht die beiden im Wettbewerb stehenden Gruppen gegeneinander auszuspielen versuchte, um dann das Heft selber in die Hand zu bekommen. Auf ähnliche — offene und verhüllte — Machtkämpfe kann man sich in anderen Gebieten Afrikas wie natürlich auch in Asien und Lateinamerika gefaßt machen.

Den Vorteil davon — und das ist die andere Seite des ganzen Vorgangs — werden die *sozialistisch-kommunistischen Länder* und die unterentwickelten Gebiete der Erde überhaupt haben. Wenn man kühn sein will, wird man erwarten, daß sich der Kalte Krieg in absehbarer Frist einfach überlebt haben wird. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist ja die ganze Politik der kapitalistischen Oberklassen in Amerika wie in Westeuropa auf die gewaltsame Zurückdrängung — das berühmte *rolling back* — der sozialistischen Flutwelle und des Herrschaftsbereiches der kommunistisch regierten Länder im besonderen gerichtet gewesen. Mit einer endgültigen Spaltung des Westblocks würde diese seit 1946 verfolgte Politik ihrer Grundlage beraubt sein. Die Einigung Europas, so wie sie im kapitalistischen Lager verstanden wird — Zusammenschluß des Westens gegen den Osten unseres Erdteils — würde sich als unmöglich erweisen und sogar der Weg geöffnet sein für eine Einigung Gesamteuropas, auf Grund einer Gesamtverständigung des europäischen Westens mit dem Osten.

Will man vorsichtiger rechnen, so darf man immerhin annehmen, daß ein Nachlassen des militärischen Druckes der Westmächte auf die Sowjetunion und die Volksrepubliken deren innere Lage verbessern und große, bisher auf Kriegsrüstungen verwendete Mittel und Kräfte für den sozialistischen Aufbau freimachen würde. Die große Gefahr ist freilich, daß ein unbelehrbares *Westdeutschland* trotz allem, ja gerade wegen der wachsenden Aussicht auf eine Befestigung des Ostblocks, versuchen könnte, einen dritten Weltkrieg zu entfesseln, solange noch Zeit dafür wäre, das heißt solange es noch mit Sicherheit auf die Vereinigten Staaten zählen könnte. Allein die Wahrscheinlichkeit ist doch, daß die übrigen Staaten Westeuropas die Bonner Machthaber von einem solchen Abenteuer abhalten würden, das für Deutschland noch unvergleichlich katastrophaler ausgehen müßte als die beiden vorangegangenen Versuche, die Herrschaft über Europa zu gewinnen und besonders die unermesslichen Räume des europäischen und nordasiatischen Ostens zu deutschem Kolonialland zu machen. Das dürfte um so eher zu erwarten sein, als die «Politik der Stärke», mit der die Einigung Deutschlands erreicht und die verlorenen Ostgebiete zurückgewonnen werden sollten, ohnehin vollkommen Schiffbruch erlitten hat. Der westdeutsche Ausdehnungsdrang würde sich dann — ohne politische Herrschaftsmöglichkeiten allerdings — auf Südeuropa, Afrika, Lateinamerika und Vorderasien richten, während sich dem

westeuropäischen Kapital im Wirtschaftsaustausch mit dem Osten Möglichkeiten eröffnen würden, die heute noch kaum abzuschätzen sind.

Der Zug zur Gemeinwirtschaft Also weitere Festigung, ja Ausbreitung des Sozialismus und Kommunismus, dem die westliche Welt noch kurzsichtige Helferdienste zu leisten hätte, um schließlich selbst von ihm verschlungen zu werden? Hieße das nicht die heiligsten Güter unserer abendländisch-christlichen Kultur verraten um eines — geschichtlich betrachtet — vorübergehenden materiellen Vorteils willen? Gemach! Wir bilden uns furchtbar viel auf diese «heiligen Güter» ein und fühlen uns den östlich-kommunistischen «Barbaren» so selbstverständlich überlegen, daß wir gar nicht ernsthaft fragen, ob nicht der Osten seinerseits Kräfte besitzt, die ihn *uns* überlegen machen. In seiner weitgespannten Abhandlung «Prolegomena zum Verständnis des Kalten Krieges» (als Sonderdruck der Münchner «Zeitschrift für Politik» erschienen) hat Professor Adolf Grabowsky die intellektuelle Redlichkeit, gerade diese Frage zu stellen. «Man sollte bei uns», so sagt er, «stutzig geworden sein, da man bemerken muß, daß trotz aller Diffamierung sich der Kommunismus Schritt nach Schritt ausbreitet. Das aktuellste Beispiel ist das neue Algerien, das zwar die Beziehungen zu Frankreich nicht völlig aufgeben will, das aber doch mindestens einen halbkommunistischen Kurs verfolgt . . . Der Westen reicht den farbigen Völkern die Hand, dennoch entscheiden sie sich so oft für den Kommunismus, und dies, obwohl sie mehr oder weniger mit europäischem Geist getränkt sind . . . Es muß sich wohl so verhalten, daß Eigenschaften, die wir als Nachteile des Kommunismus betrachten, den farbigen Völkern als Vorteile erscheinen, oder daß Pluspunkte, die wir überhaupt nicht beim Kommunismus beachten, für diese Völker Attraktionsmittel sind. Dazu kommt der Umstand, daß es der Sowjetunion geglückt ist, sich viel enger und wärmer mit den farbigen Völkern zu solidarisieren als wir.» Auch die Chinesen, ein farbiges Volk höchster Rangstufe mit uralten sittlichen und religiösen Bindungen, hätten eigentlich, so meint Grabowsky, Veranlassung genug, sich dem Kommunismus zu verschließen. Wenn sie ihn trotzdem — und in scharfer Form — angenommen hätten, so müßten doch Kräfte am Werk sein, die im Westen nur unzulänglich gewürdigt würden und die abendländische Gegenpropaganda verhältnismäßig unwirksam machen.

Man braucht diese Kräfte auch gar nicht weit zu suchen. Sie liegen ganz kurz gesagt, vor allem darin, daß Sozialismus und Kommunismus den unterentwickelten Völkern Befreiung von ihrem jahrhundert-, ja jahrtausendealten Elend verheißen, Freiheit von Hunger und Armut, von Unterdrückung und Ausbeutung, Unwissenheit und frühem Tod und Aufstieg zu einem menschenwürdigen Leben, wie es ihnen die westliche Zivilisation mit ihrem Kolonialismus und Kapitalismus nie

hätte bringen können. Es ist so völlig natürlich, daß sich *Algerien* immer entschiedener einer durchgreifenden Sozialisierung zuwendet als der einzigen Rettung aus dem Chaos, das die Franzosen nach 130jähriger Kolonialherrschaft zurückgelassen haben. Ebenso natürlich ist es, daß auch das *schwarze Afrika* — Mali, Guinea, Ghana, Nigeria usw. — in der Gemeinwirtschaft diejenige Produktions- und Verteilungsform sieht, die ihm am ehesten angemessen ist. Schon vor zwanzig Jahren, 1943, hat Marschall Smuts, der südafrikanische Staatsmann, der westlichen Welt zugerufen, Afrika werde kommunistisch werden, weil es einen eigenen, gediegenen kommunistischen Untergrund besitze, mit Gemeinbesitz an Land und Tieren, gemeinschaftlicher Leitung des Stammes- und Dorflebens und Verteilung der materiellen Güter nach dem Bedürfnis — lauter Dinge, die den Weißen mit ihrem privaten Unternehmertum ein Greuel seien. Heute zeigt sich, wie wahr Jan Smuts gesprochen hat.

Für Asien gilt weithin Ähnliches. Wir beobachten gerade jetzt in den *arabischen Ländern* des Mittelostens — in Syrien, Irak, Jemen, nicht zu reden von Ägypten — eine Entwicklung, die durch viele Irrungen und Wirrungen hindurch deutlich einer sozialistischen Lebens- und Wirtschaftsform zustrebt, wie sie im neuen *Israel* schon größtenteils Wirklichkeit geworden ist. *Indien* wird trotz allen Widerständen seinen Weg zum Sozialismus, wenschon nicht zum Kommunismus, finden. *Burma* hat ihn schon längst beschritten. Daß *Süostasien* für den Kapitalismus und für die Vereinigten Staaten im besonderen verloren ist, liegt auf der Hand; daran wird weder der amerikanische Kolonialkrieg in Südvietnam etwas ändern noch die amerikanische Drohung mit einem neuen militärischen Eingreifen in Laos, das zwischen dem fernen Kapitalismus und dem nahen Kommunismus auf die Länge einfach nicht neutral zu halten ist.

Wohin die Entwicklung in *Lateinamerika* geht, ist an dieser Stelle oft genug gezeigt worden. Nicht einmal Kuba wird der sogenannten freien Wirtschaft zurückgewonnen werden; der Augenblick, da die Vereinigten Staaten durch eine militärische Eroberung der Insel hätten den Versuch dazu machen können, ist dank dem geschmeidigen Ausweichen der Sowjetregierung wohl ein für allemal verpaßt worden. Und wenn auch im übrigen Lateinamerika keine *rasche* Nachahmung des kubanischen Beispiels zu erwarten ist, so ist doch dort der Boden für eine gründliche soziale Umwälzung derart gut vorbereitet, daß der Durchbruch revolutionärer Kräfte nur eine Frage der Zeit sein kann.

Auf der ganzen Front ist es so nicht der Sozialismus und Kommunismus, der triumphal zurückgeschlagen ist, wie es der Hochmut der «Sieger» in der Kubakrise sich einbildete; es ist vielmehr die Sache der volkseigenen Bewirtschaftung der materiellen Hilfsquellen, der sozialistischen Planwirtschaft, die marschiert und sich die Köpfe und Herzen der Völker erobert. Und wenn der angeblich freien Welt im Ernst daran gelegen wäre, die Verwirklichung der Gemeinwirtschaft

in *kommunistischen* Formen zu verhindern, so brauchte sie nur — um es zum hundertsten Mal zu sagen — die soziale Revolution selbst zu bejahen und sie mit freiheitlichem Geist zu erfüllen, um die Durchsetzung der neuen Ordnung mit Zwangsmitteln und Diktatur unnötig zu machen. Nur auf *diesem* Boden können sich Ost und West friedlich zusammenfinden und eins das andere wertvoll ergänzen. Bis dahin wird freilich der Kalte Krieg weiterwüten, und neben der Wegbereitung für eine sozialistische Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft wird es unsere Aufgabe vor allem bleiben, durch Bloßstellung des verlogenen Antikommunismus die unvermeidlichen Gegensätze zwischen Weltanschauungen, Wirtschaftsauffassungen und politischen Bekenntnissen so zu entgiften, daß ein Umschlagen des kalten in den heißen Krieg schlechthin unmöglich wird.

10. Mai

Hugo Kramer